

Heizungswesen und Wärmeschutz.

Die Bayerische Landeskohlenstelle hat unter Mitwirkung des Innungsverbandes Deutscher Bauwerksmeister einen Fachausschuß gebildet zu Erwägungen über die Frage einer stärkeren Berücksichtigung des Heizungswesens im Unterrichtsplan der Bau-schulen. Bei dem Einfluß, der dem Bauhandwerk, bei der Herstellung der häuslichen Feuerstellen und beim Wärmeschutz der Gebäude zukommt, wird diese Forderung gewiß allseitig als berechtigt anerkannt werden. Der Fachausschuß hat nun folgende Richtlinien für den erweiterten Unterricht auf diesem Gebiete aufgestellt:

I. Vorbemerkungen.

Die Brennstoffnot und die Teuerung der Brennstoffe zwingen zur Sparsamkeit im Wärmeverbrauch. Alle Bevölkerungsschichten müssen darüber aufgeklärt werden. Insbesondere erscheint es notwendig, daß alle diejenigen, die mit der Anlage, Unterhaltung und Beaufsichtigung der Gebäude und ihrer heiztechnischen Einrichtungen zu tun haben, über die wichtigsten einschläglichen Maßnahmen unterrichtet werden. Die Darlegungen können im allgemeinen wohl im Unterrichte in Baukunde, Bauverfahrenslehre und Baustoffkunde gebracht werden.

Die nachstehende Stoffübersicht ist kein die Lehrer bindender Lehrplan, sondern eine zusammenfassende Darstellung der einschlägigen Gebiete. Die Auswahl des zu Behandelnden und dessen Umfang richten sich nach den Verhältnissen der Schulen, der zur Verfügung stehenden Zeit und besonderen Umständen und sind, ebenso wie die Verteilung auf die genannten Lehrfächer, Sache der Lehrer.

II. Stoffübersicht.

A. Die Bedeutung der Warmewirtschaft des Hausbrandes.

1. volkswirtschaftlich: die Brennstoffe als Kraft- und Wärmequellen im Wirtschaftsleben; Brennstoffverbrauch im Hausbrand; wirtschaftliche Wirkung des Heizstoffverbrauches;
2. privatwirtschaftlich: Anteil der Wärmekosten an den Gesamthaushaltungskosten; Ziel der Warmewirtschaft des Hausbrandes: Erzeugung der notwendigen Wärme mit dem geringsten Verbrauch von Brennstoffen.

B. Grundlagen.

1. Die Verbreitung der Wärme (Leitung, Strömung und Strahlung).
2. Die Wärmeverluste in den Gebäuden (durch Wände, Decken, Böden, Fenster und Türen). Grundlagen für die Berechnung der Wärmeverluste einer Raumgruppe in einfacher Weise.
3. Die wichtigsten Brennstoffe.

Vorkommen, Zusammensetzung und Heizwert. Feste Brennstoffe (Holz, Torf, Braunkohle, Steinkohle) in ihren natürlichen Vorkommen und in ihren Verarbeitungen (Briketts, Koks). Gas und Elektrizität.

C. Die Verbrennung.

Die Vorgänge bei der Verbrennung. Maßnahmen zur Erzielung einer einwandfreien Verbrennung. Die Gestaltung der Roste. Ihr Einfluß auf die Verbrennung.

C. Maßnahmen zur Minderung des Wärmeverbrauches.

1. Anlagen und Ausgestaltung der Gebäude nach wärmetechnischen Gesichtspunkten.

a) Allgemeine Anlage der Gebäude. Vorzug der Reihenhäuser und mehrgeschossigen Bauten vor Einzelbauten und Flachbauten in wärmetechnischer Hinsicht.

b) Grundrißgestaltung der Gebäude. Geschlossene Bauart. Vermeidung vieler Außenbauten. Vorzug wenig geheizter Räume an die kältere Außenseite (bei Einzel- und Doppelhäusern). Neben- und übereinandergelegene regelmäßig geheizter Räume. Ausnutzung der Südlage.

c) Aufbau. Wärmeschützende Ausgestaltung der Wände, Decken und Böden. Beschreibung verschiedener Baumaterialien und Baukonstruktionen hinsichtlich des Wärmedurchgangs und der Wärmespeicherung. (Ziegel-, Kalksandstein-, Beton-, Naturstein-, Schwemmsteinmauerwerk und dergl.; Hohlwände; Isolierbaustoffe zu Füllzwecken und zu Bekleidungen). Vermeidung überflüssiger oder übermäßig großer Fenster, Anordnung von Doppelfenstern, Doppeltüren und Windfangen. Sorgfältige Herstellung aller Bauverbände, insbesondere der Fenster und Türen. Dichtigkeit aller raumumschließenden Teile. Anwendung fußwarmer Böden. Guter Bauunterhalt, Wohnungspflege.

d) Kaminanlagen. Günstige Anordnung im Grundriß; lotrechte, iachgemäße Aufmauerung, entsprechender Querschnitt. Sicherung gegen Abkühlung, einwandfreie Überdachung und Abdeckung. Richtige Anordnung der Feuerungs-einmündungen und der Kaminputzführungen. Vermeidung des Eintretens von Falschlut in die Kamine, guter Bauunterhalt. Regelmäßige iachgemäße Reinigung.

Für Gasöfen Anordnung gesonderter Abzugsschächte.

2. Auf sparsamen Verbrauch und höchste Ausnutzung der Brennstoffe abzielende Einrichtung und Bedienung der Heizungsanlagen.

a) Allgemeine Angaben über das Wesen der verschiedenen Heizarten. Ihre Anwendungsgebiete, ihre Vorteile und Nachteile. Zentralheizung (Luftheizung, Niederdruck-dampfheizung, Warmwasserheizung), örtliche Heizungen (Kachelöfen, Eisenöfen, Dauerbrandöfen). Gasheizung, elektrische Heizung. Die Wirtschaftlichkeit der genannten Heizungen nach Maßgabe der jeweiligen Verhältnisse.

b) Beschreibung des Aufbaues der örtlichen Feuerstätten, so von Kachelöfen und von Herden unter besonderer Beachtung der Wirtschaftlichkeit im Brennstoffverbrauch und der Betriebskosten. (Grundsätze für den Kachelofen- und Herdbau nach den Generalversammlungsbeschlüssen des deutschen Ofensetzerergewerbes). Gleichgerichtete Besprechungen und Kritik von Eisenöfen und Dauerbrandöfen. Kombination von Kachelöfen und Herden zur Ausnutzung der Herdwärme; Mehrzimmernheizungen und Kachelöfen, Graderherde und -öfen. Unterhalt der Öfen und Herde. Heizungsbedienungen. Verwendung von Kochkisten und dergl.

c) Beschreibung der Anordnung und Aufstellung der Heizkörper von Sammelheizungen. Zweckmäßigkeit ihrer Anordnung unter den Fenstern für die Raumheizung. Notwendigkeit der Anbringung von Isolierungen an dünnen Fensterwänden zur Vermeidung von Wärmeverlusten. Hinweis auf die Unwirtschaftlichkeit der Heizkörperverkleidungen.

3. Einschränkungen des Heizumsbetriebes und sachgemäße Wohnungslüftung.

a) Der Heizbetrieb kann im allgemeinen ohne gesundheitliche Schädigungen eingeschränkt werden. Beginn des Heizbetriebes erst bei geringen Außentemperaturen aus dies-bisher üblich war; Begnügen mit geringeren Raumtemperat-uren. Verminderung der Zahl der beheizten Räume (be-sonders bei Zentralheizungen).

b) Sachgemäße Wohnungslüftung. Langes Öffnenhalten der Fenster bei niedrigen Außentemperaturen hat starke Abkühlung der Raummassen und der Einrichtung zur Folge. In der Regel ist im einfachen Wohnungsbau eine zeitweise kurze Lüftung zu einer entsprechenden Lüfterneuerung ausreichend. Wichtigkeit der Querlüftung zur schnellen Lüfterneuerung.

III. Unterrichtsbertrieb.

Die Darlegungen sollen durch Vorzeigen von Abbildungen und Plänen reichlich unterstützt werden, wenn möglich durch Vor-führung von Lichtbildern. (Die Bayerische Landeskohlenstelle be-schäftigt Unterrichtsmittel zu Selbstkosten und stellt den Schölen monatlich die „Mitteilungen“ zu, um sie über den Stand der Haus-brandfrage auf dem Laufenden zu erhalten).

Hinweis auf vorhandene Literatur, Bestimmungen und erschei-nende Anklärungschriften (Verteilung).

Besichtigung von Heiz- und Kohleanlagen sowie von Ge-bäuden, bei denen Wärmeschutzmaßnahmen getroffen wurden.

Förderung entsprechender Kenntnisse bei den Prüflingen. d.

□ □ □

Der Hof.

Von Oberstadtssekretär Otto Windmüller.

Eine allgemeine Verpflichtung zur Einfriedigung von Gärten und Höfen bei Häusern sowie von unbauten Grundstücken gegen die Straße, wie sie die meisten Baupolizei-Verordnungen nicht ver-langen, kann auf Grund des § 10, II, 17, 9 Landrechts eingeführt werden. Es ist daher möglich, mit Rücksicht auf den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung behufs Erschwerung des Zu-ganges, ihre Einräumung anzuordnen. Zu dieser Maßnahme können z. B. die Tatsachen Anlaß geben, daß an Straßen und Plätzen be-

legende, gegen sie nicht abgeschlossene Grundstücke wegen ihrer leichten Zugänglichkeit und der Schwierigkeit der polizeilichen Aufsichtigung vielfach der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gefährlich sind, daß sie oft als Schlupfwinkel dienen, von denen aus den die öffentliche Sicherheit und Sittlichkeit gefährdenden Unternehmungen nachgegangen wird, daß sie vielfach die von der Polizeibehörde verfolgten Personen erschleichen, sich der Verfolgung zu entziehen, daß sie leicht durch Ablagerung von allerlei Unrat gesundheitsgefährlich werden oder durch üble Gerüche den Verkehr belästigen. Auf Grund der gleichen Erwägungen kann auch die Anbringung einer verschließbaren Tür in einer Durchfahrt zu einem Grundstück gefordert werden. Die Zugänglichkeit des Grundstücks muß aber in allen Fällen gewahrt bleiben. Zuständig zum Erlass des diesbezüglicher Anordnungen ist die Baupolizeibehörde (O.V.G. 41, 368). Die Wahl der für diese Einzäunung zu verwendenden Mittel kann indes nicht dem unbefchränkten Ermessen der Polizeibehörde vorbehalten werden. Seitens der meisten Polizeibehörden wird daher grundsätzlich ein einfacher Bretterzaun für genügend erachtet in allen Fällen. In denen die Abschließung eines Grundstücks aus einem der oben angeführten Gesichtspunkte in öffentlichem Interesse erforderlich erscheint. Andererseits kann allerdings die Beseitigung von Stacheldrahtzäunen an öffentlichen Wegen polizeilich verlangt werden. (Pr. V.-Bl. 29, S. 437.)

Nach den neueren Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts fallen bloße Umwehungen von Grundstücken, auch wenn sie im Sinne der Baupolizei-Verordnungen zu den Bauten zu rechnen sind und demnach als solche der baupolizeilichen Genehmigung bedürfen, nicht unter das Bauverbot des § 11 des Baufahrtengesetzes vom 2. Juli 1875, und sind demnach die Polizeibehörden nicht berechtigt, die Genehmigung zur Einfriedigung eines Grundstücks deswegen zu versagen, weil der über die festgesetzte, aber noch nicht durchgeführte Baufläche hinausgehende Teil des Grundstücks künftig zu einer öffentlichen Straße dienen soll.

Voraussetzung für die Zulässigkeit einer derartigen Umzäunung ist aber in jedem Falle, daß der betreffende über die Straßenfläche hinausgehende Grundstücksteil nicht bereits tatsächlich rechtmäßig Bestandteil der öffentlichen Straße oder des öffentlichen Platzes geworden ist. Ein etwaiger Streit darüber, ob dies der Fall ist, kann, als auf dessen Inanspruchnahme für den öffentlichen Verkehr abzielend nur in dem für die Inanspruchnahme von Wegen für den öffentlichen Verkehr in § 56 des Zuständigkeitsgesetzes geregelten Verfahren zur Entscheidung gebracht werden.

Die zulässige Bebauung der Grundstücke sowie die Größe der Höfe und Nebenhöfe ergeben die Bauordnungen der Städte. Keine Bestimmungen enthalten die meisten Bauordnungen über die Beschaffenheit und Höhenlage der Höfe, insbesondere nicht zum Straßenniveau. Etwas, namentlich feuerpolizeiliche Anordnungen in dieser Beziehung können daher lediglich auf den § 10, II, 17, Allg. Landrechts, gestützt werden. Wenn ein Grundstückseigentümer sein Grundstück erhöht und sich aus der Erhöhung eine Gefahr für Leben und Gesundheit der sich in dem Nachbarhause aufhaltenden Personen ergibt, so ist die Polizeibehörde nach § 10, II, 17, A.L.R., befugt, die Beseitigung dieser Gefahr durch Abtragung der Aufhöhung zu fordern. Ob dieser nach privatrechtlichen Grundsätzen zu der Aufhöhung berechtigt war oder nicht, ist für das polizeiliche Einschreiten ohne Belang. Keinenfalls dürfte er von seinen Rechten einer derartigen Gebrauch machen, daß er Leben und Gesundheit seiner Nachbarn gefährdet.

Wegen der zulässigen Bebauung der Grundstücke gelten die Vorschriften der einzelnen Bauordnungen. Für alle Grundstücke gelten gleiche Vorschriften, unabhängig davon, ob die Grundstücke bisher bebaut waren oder nicht. Mit der Entwicklung des Geschäftslebens in den Großstädten geht aber allmählich eine bauliche Umgestaltung der inneren Stadtteile Hand in Hand. Namentlich in den älteren Stadtteilen der Großstädte entstehen immer mehr Gebäude, die ausschließlich Geschäftszwecken dienen und in denen höchstens einige wenige Wohnungen für das Personal vorgesehen zu werden pflegen. Ebenso sehr wie die wirtschaftlichen Interessen der Geschäftswelt der Großstädte die Errichtung oder den Ausbau ihrer Geschäftshäuser im Innern der Stadt in möglichstster Nähe großer Verkehrswege anheischen, richten sich umgekehrt die persönlichen Neigungen und Wünsche sowie die gesundheitlichen Rücksichten der Menschen je länger je mehr dahin, mehr an der Grenze des gewaltigen Häusermeeres und des

Dunstkreises der Großstadt Wohnung zu nehmen. Gerade auf den ausschließlich zu Geschäftszwecken dienenden Grundstücken hat sich nun vielfach das dringende Bedürfnis fühlbar gemacht, einen Teil des Hofes, ja wenn möglich, am liebsten den ganzen Hofraum mit Glas zu überdecken, um in Straßen- oder Erdgeschosshöhen helle, luttige und ausgedehnte Räume für den Verkehr zu schaffen. Gerade in diesen Fällen haben sich Anlagen, wie die in solchen Fällen zugelassenen, vorzüglich bewährt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein gleiches Bedürfnis auch auf sonstigen, nicht lediglich Geschäftszwecken dienenden Grundstücken vorhanden sein wird, indes muß, wenn anders die Bestimmungen über den freizulassenden Hofraum nicht überhaupt wirkungslos gemacht werden sollen, die Ausschließlichkeit der geschäftlichen Benutzung zur Voraussetzung der gewährten Vergünstigung gemacht werden. Die Größen der Höfe, die bei derartigen Geschäftshäusern ausnahmsweise Glasüberdachungen erhalten dürfen, sind in der Regel in den Bauordnungen festgesetzt. Die Ausdehnung der Vergünstigung auf Gast- und Schankwirtschaften ist aus dem Grunde ausgeschlossen, weil gerade in diesen Betrieben ein besonders starker Luftwechsel nötig ist, ein solcher aber in den um die Hofüberdachung herum liegenden Räumen durch jene selbst außerordentlich erschwert werden würde. Die Freihaltung der ganzen Hofräume erfordert aber gerade hier Rücksichten der Feuersicherheit. Ausnahmen können im Dispenswege erteilt werden, wenn die im feuer-, gesundheits- oder sicherheitspolizeilichen Interesse gegebenen Bedingungen erfüllt sind. Namentlich in ersterer Hinsicht wird in allen Fällen die Betretbarkeit des Daches und damit eine stellenweise Einschränkung des Glasdachs gefordert werden müssen, um die Lösch- und Rettungsarbeiten der Feuerwehr zu ermöglichen. Unter allen Umständen ist aber daran festzuhalten, daß die Hofüberdachung wirklich das Wesen einer Glasüberdachung behält. Nur unter dieser Beschränkung werden andere Baustoffe zugelassen werden können.

Daß die Vergünstigung aufhören muß, sobald die Voraussetzungen, unter denen sie gewährt ist, nicht mehr zutreffen, ergibt sich aus der Natur der Sache. Der besondere Hinweis im Bauschein darauf erleichtert von vornherein die Aufgabe der Polizei. Für den Fortbestand der Hofüberdachung ist es also erforderlich, daß das Grundstück lediglich Geschäftszwecken dient. Nötigenfalls wird ihre Beseitigung polizeilicherseits erzwungen. Aus dieser Rechtslage hat die Polizei die Pflicht einer dauernden Überwachung.

Ausgehend von der Erwägung, daß aus gesundheitlichen Rücksichten die Einrichtung gärtnerischer Anlagen auf den Höfen der Wohngebäude umlänglich zu fördern ist, haben die meisten Polizeibehörden der Großstädte hinsichtlich der Zulassung dieser Anlagen sowie der Errichtung ihrer Einfriedigungen besondere Grundsätze aufgestellt. Diese Grundsätze regeln die Größe der Rasenflächen, Aufstellung der Einfriedigungen, die Ein- und Durchfahrt der Feuerfahrzeuge sowie die wirtschaftliche Ausnutzung der Höfe.

Bei Gebäuden mit feuergefährlichen gewerblichen Betriebsstätten müssen die Durchfahrten und Höfe von jeder Behinderung des Verkehrs freizuhalten werden, damit sich die Entleerung durch alle Ausgänge vollziehen kann. Drahtzäune, Rohrlentzen, Gestänge, Transmissionen sind so anzuordnen, daß die Verwendung der mechanischen Leitern und der Sprungtische auf den Höfen nicht behindert wird.

Für die Anlage und Unterhaltung der Höfe bei Theatern, öffentlichen Versammlungsräumen u. dgl. bestehen Sondervorschriften, welche hier nicht erörtert werden sollen.



Haus Karl Platz in Bensheim a. d. Bergstraße.

Architekt Prof. H. Metzendorf.

Abbildungen auf Blatt 119 und 120.

Eine kleinstädtische Bauaufgabe, wie sie ähnlich dem Baumeister oft gestellt wird. Doch nicht immer ist die Lösung eine derartig befriedigende wie im vorliegenden Falle.

Es handelte sich darum, für den Besitzer eines Fuhrunternehmens auf dem Grundstück, das auch die Stallungen usw. in selbständigen Bauten birgt, eine Wohngelegenheit zu schaffen. Neben den erforderlichen Wohnräumen für den Besitzer mußten die notwendigen Räume zur Verpflegung und Beherbergung der Knechte und Mägde und eine kleine Wohnung für einen verheirateten Kutscher im Wohnhause untergebracht werden.

Infolge dieser Bauanforderungen erhielt das verhältnismäßig kleine Haus drei Eingänge und zwei Treppenhäuser. Der Eingang von der Straße vermittelt den Zugang zum Geschäftszimmer (Kontor) und der Wohnung des Besitzers im ersten Stockwerk. Durch eine zweite Außentür erreicht man vom Hofe aus die Leuchte-Stuben, die mit der Küche in Verbindung steht. Durch die dritte Außentür erfolgt gleichfalls vom Hofe aus und durch das zweite Treppenhaus der Zugang zu der Wohnung des verheirateten Kutschers im zweiten Obergeschoß und der Knechtstube im Dachgeschoß. Durch die Anordnung der einfalligen Treppe vom zweiten Obergeschoß in das Dachgeschoß wurde die erwünschte Trennung zwischen den vorderen und hinteren Wohnräumen erzielt. So können die vorderen Zimmer im zweiten Obergeschoß als Schlafräume der Mägde Verwendung finden.

Einen Uebelstand bilden in jedem Stockwerk die dunklen Kammern zwischen den beiden Treppenhäusern. Zur Benutzung als Wohn- oder Schlafräume können sie nicht in Frage kommen. Doch bestand die Möglichkeit, hier einen im ersten Obergeschoß beginnenden Lichthof anzuordnen, durch den auch eine bessere Beleuchtung des vorderen Treppenhauses hätte erzielt werden können; als das jetzt durch Oberlicht-Anordnungen erreichbar ist. Es wäre weiter möglich gewesen, den Abort der Wohnung im ersten Obergeschoß an das Ende des Flurs zu legen und seine Beleuchtung und Entlüftung vom Lichtschacht aus zu bewirken. Das hintere Zimmer wäre dann durch den Fortfall des Abortes an dieser Stelle, sowie seines Vorräumens usw. wesentlich größer geworden. Die jetzt bestehende Verbindung der Besitzerwohnung mit dem hinteren Treppenhaus und so mit den Räumen in den oberen Geschossen und dem Speicher wäre dann allerdings nur möglich gewesen, wenn man dem hinteren Zimmer einen Zugang vom hinteren Treppenhaus gab. So unterlag aber das Zimmer dem ständigen Durchgangsverkehr, ein Umstand, der es unbedingt entvierte. Diese Erkenntnis und das Bekanntsein der Mängel, die auch Lichtschächten anhaften, haben wohl zu der vorliegenden Grundrißlösung geführt.

Der äußere Aufbau konnte gar nicht reizvoller gestaltet werden, als das hier geschehen ist. Es muß immer wieder freudig begrüßt werden, wenn Bankkünstler vom Rufe Heinrich Metzendorfs auch der Lösung einer derartig kleinen Bauaufgabe ihr Können widmen. Solche Bauten dienen als Schulbeispiele und werden dazu beitragen, besonders in den Kleinstädten die Bankkunst im günstigsten Sinne zu beeinflussen.

Lois Strunk.



Verschiedenes.

Verwendung von Eisenbeton beim Wiederaufbau der Handelsflotte. Am 27. Oktober lief das von der Cementbau-Gesellschaft Johannes Mueller, Marx u. Co., Berlin, auf der Störwerth zu Wevelsfließ in Holstein erbaute Eisenbetonschiff, das den Namen „Götta-Aelf“ erhielt, im Beisein des Präsidenten des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte vom Stapel. Das Schiff ist das erste in Deutschland gebaute seehende Eisenbetonschiff und hat eine Tragfähigkeit von 800 t. Es ist für die Baltische Reederei in Hamburg erbaut und soll als Frachtschiff dem Verkehr zwischen deutschen Häfen und den Nordischen und Baltischen Staaten dienen. Das Schiff ist 36 m lang, 8,64 m breit und hat einen Tiefgang von 4,60 m. Zur Fortbewegung dient ein Dieselmotor von 500 PS.

Für die Praxis.

Normen für Sand, Kies und Schotter. Für das Bindemittel Zement haben wir bestimmte Normen, die seine Güte betreffen und die dem Verbraucher gewisse Gewähr inbezug auf seine Raumfestigkeit, Erhärtungsfähigkeit usw. geben. Leider bestehen für die Zuschlagstoffe zum Zement, wie Sand, Kies, Schotter und Steinschlag keinerlei Normen, und die Begriffe dieser Stoffe sind keineswegs feststehend. Oftmals, besonders bei Verdäugungen, sind die Meinungen zwischen den beiden Beteiligten darüber, was noch zum Sand und was bereits zum Kies gehört, sehr verschieden, und eine feststehende Begriffserklärung, eine feste Norm wäre daher wohl sehr am Platze. Bei näherer Betrachtung dieser Frage müssen wir erstens die Größenunterschiede der Sand-, Kies- oder Steinschlagstoffe berücksichtigen, dann die Gewinnung derselben,

ob aus Flüssen oder sonstigen Wasserläufen, oder aus Gruben, oder drittens, ob aus Natursteinen hergestellt. Es ist sicher nicht zu verstehen, wenn Körnungen von 7 mm noch zum Sand gerechnet werden, denn diese Körnung stellt keineswegs mehr Sand dar, sondern ist als Kies anzusprechen. Überhaupt wird man bei Aufstellung von Normen nicht ohne weiteres den Allgemeinbegriff Sand gelten lassen können, sondern wird diesen wiederum in Untergruppen einteilen müssen, und zwar in Feinsand, Mittelsand und Grobsand. Die Unterscheidungen wären wohl derart festzusetzen, daß man mit Feinsand solchen bis 1/2 mm Körngröße, mit Mittelsand solchen bis 1 mm Körngröße und mit Grobsand solchen bis 2 mm Körngröße bezeichnet. Außerdem wäre Sand unter 1/2 mm Körngröße als Schwemmsand anzusprechen. Gestein von über 2 mm bis zu 1 cm Größe würde die Bezeichnung Feinkies zu erhalten haben, während Grobkies alles Gestein über 1 cm bis zu höchstens 4 cm Größe bezeichnen würde. Bis 6 cm großes Gestein hätte die Bezeichnung Feinschotter und alles übrige größere Gestein die Bezeichnung Grobschotter zu erhalten.

Nun enthalten allerdings die in der Natur vorkommenden Sande nicht nur Sand allein, sondern sie sind meist mit Kies vermischt, auch hier wären feststehende Bezeichnungen leicht zu finden, und zwar: wenn in dem gewonnenen Gemenge der Sandanteil den Kiesanteil überwiegt, so wäre die Bezeichnung Kiessand für das Gestein zu wählen, wenn dagegen der Kiesanteil den Sandanteil übertrifft, so ist die Bezeichnung Sandkies entsprechender.

Alle Sorten können sich auch noch durch die Körnerform unterscheiden. Flußsand und Kies haben runde, glatte Körner, Grubensand hat runde und scharfkantige Körnung gemischt, ebenso Grubenkies, während der auf Steinbrechern gebrochene Natursand und -Schotter nur scharfkantig ist. Demnach wäre zu obigen Bezeichnungen gegebenenfalls noch eine Zusatzbezeichnung notwendig, wie z. B. Flußsand, Grubensand oder Steinsand unter näherer Bezeichnung des normgemäßen Feinheitsgrades.

Eine derartige Normierung der Zuschlagstoffe wäre zu Gunsten der Allgemeinheit nur zu wünschen und sollten sich die Fachvereinigungen recht bald mit dieser Frage beschäftigen.

R.-r.

Verbands-, Vereins- usw. Angelegenheiten.

Heimstättenkursus der deutschen Beamenschaft. Vom 18. bis 24. Oktober d. J. wurde in Berlin ein Heimstättenkursus der deutschen Beamenschaft veranstaltet. Aus dem Reiche waren dem Rufe des Heimstättenamts über 500 Teilnehmer gefolgt und in dem großen Hörsaal der Landwirtschaftlichen Hochschule vereinigt. Der Zweck des Kursus war, die Obmänner der Beamenschaft mit der Fülle von allem Wissenswerten über die Heimstättenfrage vertraut zu machen. Um die Organisationspläne zu besprechen, war ein Nachmittag als Heimstättag angesetzt. Die 1 1/2 Millionen starke, dem Heimstättenamt angeschlossene, organisierte Beamenschaft erstrebt mit ihren bewährten Führern die beschleunigte Ausführung der Heimstättenangelegenheiten, das große Siedlungswerk für das deutsche Volk.

Bei der feierlichen Eröffnung des Kursus waren die Reichs- und Staatsbehörden, die Parlamente und die Gewerkschaften vertreten. In stimmungsvollen Ansprachen wurde die hohe Aufgabe der Heimstättenbewegung anerkannt, die die deutsche Beamenschaft mit zu erfüllen bereit ist.

Die Hauptvorträge des Kursus hielten die Herren: Dr. Damaschke, Ökonometrist Echtermeyer, Prof. Dr. Erman, Baurat Fauth, Reg.-Baumeister Langen, Johannes Lubahn, Adolf Otto, Postdirektor v. Roy, Oberbürgermeister Dr. Ruch, Direktor Vormbrock und Oberbürgermeister Dr. Heinrich v. Wagner.

Das ganze Gebiet des Siedlungswesens, der Heimstätte in bezug auf die bisherigen Gesetzvorlagen, der Geldbeschaffung, der sparsamen und Naturbauweisen, Gartenbau und Landwirtschaft, sowie ein neues Bodenrecht nebst steuerlichen Verhältnissen wurde behandelt. Hieran schlossen sich freie Aussprachen und Fragenbeantwortungen.

Die Vorträge waren getragen von großer Volks- und Vaterlandsliebe und klangen aus im festen Glauben an die Volksgenossen, die sich zum Neuaufbau des Vaterlandes zusammenfinden müssen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und schlafende Bürgerinnen —, der Heimstättengedanke muß zur Tat werden: sie bietet die Gewähr für „Eine glückliche Zukunft unseren Kindern.“

Adams.

Rechtswesen.

Muß auch das Nichtmitglied eines Arbeitgeberverbandes die tariflich festgesetzten Löhne zahlen? Eine Konfektionsfirma war geräumt Zeit hindurch Mitglied des Arbeitgeberverbandes gewesen, dann war sie aus dem Verbands ausgeschlossen, hatte aber trotzdem die tariflichen Löhne weitergezahlt. Als aber später ein neuer Tarif zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart wurde, weigerte sie sich, nach dem neuen Tarif zu entlohnen, und die bei ihr tätigen Arbeiter beruhten sich auch damit, nachdem sie sich anfänglich dagegen aufgelehnt hatten.

Später traten die Arbeiter aber kündigungsslos aus dem Beschäftigungsverhältnisse bei der Klagerin aus und verlangten nun Nachzahlung des Unterschiedes zwischen den erhaltenen Löhnen und den Sätzen, die sie nach dem erwähnten Tarif zu erhalten hatten, indem sie behaupteten, daß die Arbeitgeberin, auch wenn sie nicht mehr Mitglied des Arbeitgeberverbandes sei, doch gehalten sei, die tariflich festgesetzten Löhne zu zahlen, da der neue Tarifvertrag gewissermaßen ein örtliches Gewohnheitsrecht bilde. Das (Gewerbegericht Hamburg hat jedoch die Klage abgewiesen. Allerdings, so heißt es in den Gründen, haben die Gerichte vor Erlass der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 oftmals Entscheidungen gefällt, daß auch solche Arbeitgeber, welche dem tarifschließenden Verbands nicht angehören, ihren Arbeitnehmern die Tariflöhne zahlen müssen — wenn nämlich die erdrückende Mehrheit der Gewerbetreibenden am Ort dem Arbeitgeberverband angehört und wenn beim Eintritt des

Arbeitnehmers nicht ausdrücklich ein anderes als der tarifliche Lohn abgemacht worden ist. Der Tariflohn galt dann als ortsüblicher Lohn und als stillschweigend vereinbart.

Diese Entscheidungen lassen sich jetzt nicht mehr uneingeschränkt aufrecht erhalten, denn in der erwähnten Verordnung ist ausdrücklich bestimmt, daß für die Nichtmitglieder die Tarife erst dann rechtsverbindlich werden, wenn dies vom Reichsarbeitsministerium auf Antrag ausdrücklich erklärt worden ist. Hatte das Gesetz gewollt, daß durch das Bestehen eines Tarifs sich ein örtliches Gewohnheitsrecht bilden könne, so wäre das zweifellos darin ausgesprochen.

Aber selbst wenn man trotzdem hier ein örtliches Gewohnheitsrecht annehmen wollte, so müßte der Klageanspruch doch abgewiesen werden, da die Kläger sich seinerzeit bei dem anfechtenden Bescheide der beklagten Firma beruhten und zu den niedrigen Löhnen weiterarbeiteten. Als Nichtmitglied des Verbandes durfte die Beklagte abweichende Vereinbarungen zutreffender treffen. (Gewerbegericht Hamburg, 7. I. 20.) rd.

Bücherschau.

Normenblätter für Beton und Eisenbetonbau. „Beton und Eisen“ 1920 Heft XV, Einzelpreis: 3.— Mark. Verlag: Wilhelm Ernst u. Sohn in Berlin.

Das Heft enthält die Entwürfe neuer Normenblätter (Gruppe Beton- und Eisenbetonbau), und zwar D. J. Norm 455: 459 und 482, 483 sowie 488. de.

Handelsteil.

Blech.

Preisermäßigung für Kupferbleche. Der Kupferblechverband in Kassel hat mit Wirkung vom 2. November seine Preise für Kupferbleche um 75 Mark ermäßigt, so daß der heutige Grundpreis 3200 Mark gegen 3565 Mark bisher betrug. t.

Blei.

Preisermäßigung für Bleifabrikate. Die Deutsche Verkaufsstelle für gewaltete und gepreßte Bleifabrikate, Köln, hat mit Wirkung ab 27. Oktober den Grundpreis für Bleifabrikate bei Abnahme von 50 000 kg auf 860 Mark für 100 kg festgesetzt. Das bedeutet gegen die letzte Meldung eine Verringerung um 90 Mark. Der höchste diesjährige Stand der Preise war in der ersten Märzhälfte mit 2100 Mark für 100 kg erreicht worden. t.

Draht.

Neue Drahtpreise. Die Deutsche Drahtkonvention in Düsseldorf hat in ihrer Mitgliederversammlung beschossen, folgende Preisermäßigungen durchsetzen zu lassen: Gezogener flacher Draht 335 (bisher 390) Mark, Schrauben- und Nietenendraht 375 (430) Mark, verzinkter Draht 400 (455) Mark, Drahtstifte 410 (465) Mark, Stachelndraht 445 (500) Mark, alles pro 100 kg ab Station Hamm oder Neunkirchen (Saar) für Lieferungen ab 1. November bis Ende Februar. t.

Eisen

Eisenwirtschaftsbund. Die in Berlin bisher noch bestehenden Reichskommissariate für Schrottwirtschaft und für Eisenwirtschaft sind jetzt aufgelöst und die Geschäfte dieser Kommissariate dem Eisenwirtschaftsbund Düsseldorf (Stahlhof) übertragen worden. Der gesamte Eisenwirtschaftsbund befindet sich nunmehr in Düsseldorf, so daß also die Eisenwirtschaft — mit ihr die Schrottwirtschaft — jetzt nur noch von Düsseldorf aus verwaltet wird. t.

Erweiterung der Ausfuhrbewilligung für industrielle Erzeugnisse. Um die auch im Inlande bestehenden Absatzschwierigkeiten in Stahl- und Eisenwaren zu beheben, ist, wie verlautet, von maßgebender Stelle vorzuschlagen worden, Ausfuhrbewilligungen für Röhren sowie Mittel- und Feinbleche zu erteilen. Das betreffende Werk muß sich verpflichten, die Hälfte der Differenz zwischen Inlandspreis und Ausfuhrmindestpreis an den Eisenwirtschaftsbund abzuführen, um die Eisen- und Stahlpreise zu senken. t.

Holz.

Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt. Wer auf die Entwicklung der Rundholzpreise in letzter Zeit sein Augenmerk richtet, wird bedenklich gestimmt sein müssen: Die Preise werden vielfach in einer ganz unzuverlässigen Weise von den Holzkräften den Terminals in die Höhe getrieben, ohne daß die Forstverwaltungen, die mit einem Preisabhang bemüht sein sollten, Stellung dazu nehmen. Vielfach scheitern die Sägewerksbesitzer zu befechtigen, daß sie bei dem geplanten Einschlag von etwa 8 Millionen Festmeter Drehholz leer aussehen müßten. Anders ist es nicht zu erklären, daß in den ostdeutschen Forsten, so z. B. in Fürstentum Silesien, wenig hochwertiges Rundholz ab Wald über 300 Mark je Festmeter brachte. In der Oberförsterei Karg, unweit

von Landsberg, wurde blaues Holz aus dem vorjährigen Einschlag mit 250 Mark und darüber je Festmeter bezahlt. Fertiges Schnittholz, d. h. sortierte Stammware, aus dem vorigen Einschlag stammend, wird zu 1000 Mark angeboten. Die Nachfrage nach Schnittholz hat sich im Osten etwas belebt. Es wäre erfreulich, wenn diese Belebung auf den Bedarf der Tischlereien und Baugeschäfte zurückzuführen wäre, und nicht fast ausschließlich auf die Tätigkeit des Holzhandels. Der Beschäftigungsgrad in der Holzbearbeitungsindustrie ist nach wie vor gering und die Arbeitslosigkeit groß. Eine geschnittene Eiche in Abmessungen von 22 m anwärts wird bereits für 1500 Mark je cm angeboten, ohne daß nennenswerte Abschlagsmöglichkeiten bestehen. Parketteiche gibt es heute zu 700 Mark. Es finden sich indessen keine Käufer dafür. Beim Einkauf von Rundheben werden die Händler künftige, besondere Vorsicht walten lassen müssen. Bekannt wurden einige Verkäufe in polnischer Stammware zu Preisen von 850 bis 900 Mk. unverzollt Schmelzmehl. Der verhältnismäßig niedrige Preis wird bei diesen Abschlüssen durch die Unsicherheit der Liefermengen und durch den Waggomangel bedingt. X

Die Holzlieferungen an die Entente. Die Teilnehmer an den Besprechungen über die Holzlieferungen auf das Wiedermachungs-Conto sind aus Paris zurückgekehrt. Es sollen 3 Monate nach Bestätigung des Abkommens die Lieferungen von Nadelholz beginnen und dann zunächst auf die Dauer von 4 Monaten insgesamt 1 Million Festmeter, nach Rundholz gerechnet, geliefert werden. In dieser Menge sind demnach nicht nur etwa 160 000 Festmeter Rundholz, sondern auch gegen 50 000 Stück Kiefern Schwellen, größere Mengen Buchenschwellen und Telegraphenstangen enthalten. Schätzungsweise beläuft sich die Menge des gesamten Holzes, die in dem Zeitabschnitt von vier Monaten zu liefern ist, auf 300 000 Kubikmeter, wovon 90 000 Kubikmeter in Kiefer geliefert werden können. Im großen und ganzen eröffnen die zunächst in Aussicht genommenen Lieferungen für die deutsche Holzwirtschaft keine besonderen Hoffnungen auf eine wesentliche Belebung des Geschäfts. X

Zement.

Zementausfuhr. Wie verlautet, ist dieser Tage die Zementausfuhr vollständig freigegeben worden, allerdings mit der Maßgabe, daß der Überlös von der Ausfuhr mit 50 v. H. zur Senkung der Inlandspreise verwendet wird. Die Ausfuhr darf auch nur vorzuziehen werden, wenn der Inlandsbedarf mit 300 000 Tonnen vorher gedeckt ist. Die bisherigen Zementpreise bleiben auch weiterhin bestehen. t.

Einladung zur Mitarbeit.

Kurze Aufsätze über bauliche Angelegenheiten aller Art, insbesondere über Ausführung und Durchbildung einzelner Bauteile mit erläuternden Zeichnungen sind uns stets erwünscht.

Die Schriftleitung.

Inhalt.

Heizungswesen und Wärmeschutz. — Der Hof. — Haus Karl Platz in Bensheim a. d. Bergstraße. — Verschiedenes. — Handelsteil.

Abbildungen.*

Blatt 1911/20. Architekt Prof. Heinrich Metzendorf in Bensheim. Haus Karl Platz in Bensheim.

* Nach § 18 des Kunstschutzesetzes ist ein Nachbau nach dem hier abgebildeten Bauwerken und wiedergegebenen Plänen unzulässig.